

# Löhne hoch in Kitas, Pflege, Müllabfuhr – Milliardenäure gerecht besteuern!

Die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst kämpfen für bessere Löhne. Erzieherinnen, Pflegekräfte und Müllwerker, Feuerwehrleute, Beschäftigte in den Wasserwerken und in der Jugendhilfe – ohne sie läuft nichts in unserer Gesellschaft. Sie fordern einen Ausgleich für die Inflation: 10,5 Prozent mehr Lohn, mindestens 500 Euro. Damit die Kosten von Krieg und Krise nicht auf ihrem Rücken landen, während die Reichsten in der Krise noch reicher werden.

DIE LINKE sagt: Zu Recht, ihr seid es wert!

Bundesregierung und Kommunen sagen: Das Geld ist knapp. Aber: Geld ist genug da. Geld für ein Sondervermögen für Aufrüstung war da. Geld, um die Unternehmen in Corona- und Energiekrise zu schützen, war da. Finanzminister Lindner will sogar die Steuern für Reiche noch weiter senken. Die Neueste Idee sieht sogar 300 Milliarden Sondervermögen für die Bundeswehr vor.

Und wenn es um die Beschäftigten geht, die den Laden am Laufen halten? Geld wäre im Bund da. Die Bundesregierung verteilt es nur ungerecht.

Die Profite der Konzerne sind in der Krise durch die Decke gegangen. In Deutschland leben 1,6 Millionen Millionäre. Doppelt so viele wie 2008. Die Bundesregierung muss Gewinne und riesige Vermögen endlich gerecht besteuern. Das wäre auch gut gegen die Finanzkrise der Kommunen.

Gute Löhne für die Beschäftigten sind bezahlbar. Ausreichend Personal in Kitas, Schulen und Krankenhäusern und ein gut ausgebauter öffentlicher Nahverkehr sind bezahlbar – wenn die Bundesregierung es will.

**DIE LINKE streitet an der Seite der Beschäftigten für ein Umsteuern, das allen nützt:**

- Übergewinnsteuer auf alle Extragewinne in der Krise. Allein damit kämen in Deutschland 100 Milliarden Euro zusammen.
- Die Vermögensteuer auf Millionenvermögen wieder erheben. Die ist im Grundgesetz vorgesehen.
- Große Erbschaften gerecht besteuern. Die Sonderbehandlung für Firmenerben muss aufhören.
- Einmalige Abgabe auf Vermögen oberhalb von 2 Millionen Euro, um die Kosten der Krise zu bezahlen.

**Setzen Sie sich mit der LINKEN für gute Löhne und Umverteilung ein.**  
[www.die-linke.de/mitmachen](http://www.die-linke.de/mitmachen)



Partei Vorstand der Partei DIE LINKE  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin  
Tel. 030/24009999, [kontakt@die-linke.de](mailto:kontakt@die-linke.de)  
[www.die-linke.de](http://www.die-linke.de), V.i.S.d.P. Tobias Bank

# Löhne hoch in Kitas, Pflege, Müllabfuhr – Milliardenäure gerecht besteuern!

Die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst kämpfen für bessere Löhne. Erzieherinnen, Pflegekräfte und Müllwerker, Feuerwehrleute, Beschäftigte in den Wasserwerken und in der Jugendhilfe – ohne sie läuft nichts in unserer Gesellschaft. Sie fordern einen Ausgleich für die Inflation: 10,5 Prozent mehr Lohn, mindestens 500 Euro. Damit die Kosten von Krieg und Krise nicht auf ihrem Rücken landen, während die Reichsten in der Krise noch reicher werden.

DIE LINKE sagt: Zu Recht, ihr seid es wert!

Bundesregierung und Kommunen sagen: Das Geld ist knapp. Aber: Geld ist genug da. Geld für ein Sondervermögen für Aufrüstung war da. Geld, um die Unternehmen in Corona- und Energiekrise zu schützen, war da. Finanzminister Lindner will sogar die Steuern für Reiche noch weiter senken. Die Neueste Idee sieht sogar 300 Milliarden Sondervermögen für die Bundeswehr vor.

Und wenn es um die Beschäftigten geht, die den Laden am Laufen halten? Geld wäre im Bund da. Die Bundesregierung verteilt es nur ungerecht.

Die Profite der Konzerne sind in der Krise durch die Decke gegangen. In Deutschland leben 1,6 Millionen Millionäre. Doppelt so viele wie 2008. Die Bundesregierung muss Gewinne und riesige Vermögen endlich gerecht besteuern. Das wäre auch gut gegen die Finanzkrise der Kommunen.

Gute Löhne für die Beschäftigten sind bezahlbar. Ausreichend Personal in Kitas, Schulen und Krankenhäusern und ein gut ausgebauter öffentlicher Nahverkehr sind bezahlbar – wenn die Bundesregierung es will.

**DIE LINKE streitet an der Seite der Beschäftigten für ein Umsteuern, das allen nützt:**

- Übergewinnsteuer auf alle Extragewinne in der Krise. Allein damit kämen in Deutschland 100 Milliarden Euro zusammen.
- Die Vermögensteuer auf Millionenvermögen wieder erheben. Die ist im Grundgesetz vorgesehen.
- Große Erbschaften gerecht besteuern. Die Sonderbehandlung für Firmenerben muss aufhören.
- Einmalige Abgabe auf Vermögen oberhalb von 2 Millionen Euro, um die Kosten der Krise zu bezahlen.

**Setzen Sie sich mit der LINKEN für gute Löhne und Umverteilung ein.**  
[www.die-linke.de/mitmachen](http://www.die-linke.de/mitmachen)



Partei Vorstand der Partei DIE LINKE  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin  
Tel. 030/24009999, [kontakt@die-linke.de](mailto:kontakt@die-linke.de)  
[www.die-linke.de](http://www.die-linke.de), V.i.S.d.P. Tobias Bank